

## Vorlage Stadtparlament

Datum	9. August 2022
Beschluss Nr.	1959
Aktenplan	152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### Einfache Anfrage Andreas Dudli: Illegale politische Propaganda mit Sachbeschädigungen; Beantwortung

Am 10. Mai 2022 reichte Andreas Dudli die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Illegale politische Propaganda mit Sachbeschädigungen» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Am Donnerstag, 5. Mai 2022, erreichte die Stadtpolizei kurz nach Mitternacht ein Anruf aus der Bevölkerung, wonach an einer Hauswand an der Berneggstrasse Plakate angebracht worden seien. Vor Ort stellten die ausgerückten Polizeiangehörigen vier Personen fest. Eine Person konnte unmittelbar angehalten werden. Drei Personen ergriffen die Flucht, eine davon konnte schliesslich ebenfalls der polizeilichen Kontrolle unterzogen werden. Es zeigte sich, dass im Bereich Berneggstrasse, Schneebergstrasse und Gottfried-Keller-Strasse an diversen Orten Plakate angebracht worden waren. Die Stadtpolizei informierte über diesen Vorfall am 6. Mai 2022 mit einer Medienmitteilung.<sup>1</sup> Gegen die unmittelbar vor Ort angehaltene Person wurde eine Ordnungsbusse wegen unerlaubten Plakatierens ausgestellt, die zunächst geflüchtete Person wurde bei der Staatsanwaltschaft wegen unerlaubten Plakatierens sowie wegen Hinderung einer Amtshandlung zur Anzeige gebracht.<sup>2</sup> Zu Strafanzeigen durch Drittpersonen wegen Sachbeschädigung kam es bis dato<sup>3</sup> nicht.

---

<sup>1</sup> [Unerlaubtes Plakatieren | stadt.sg.ch](https://www.stadt.sg.ch/uerlaubtes-plakatieren)

<sup>2</sup> Erfüllt eine Person einen Ordnungsbussentatbestand und wird ihr zusätzlich eine Widerhandlung vorgeworfen, die nicht im Ordnungsbussenverfahren abgehandelt werden kann, werden alle vorgeworfenen Widerhandlungen unter Anzeigeerstattung an die Staatsanwaltschaft im ordentlichen Strafverfahren beurteilt (vgl. Art. 4 Abs. 3 lit. b des Ordnungsbussengesetzes vom 18. März 2016 [SR 314.1] und Art. 49 Abs. 4 lit. b des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung vom 3. August 2010 [sGS 962.1]).

<sup>3</sup> Stand: 2. August 2022.

## 2 Beantwortung der Fragen

*Gibt es Hinweise auf eine organisierte politische Gruppierung, die hinter dieser Aktion steht?*

Die festgestellten Plakate richteten sich gegen die Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und entsprechend gegen den Ausbau von Frontex, worüber am 15. Mai 2022 abgestimmt wurde. Die Plakataktion war damit ohne Frage politisch motiviert. Ob hinter dieser Aktion eine eigens organisierte politische Gruppierung steht, ist der Stadtpolizei nicht bekannt.

*Sind die Vorfälle isoliert zu betrachten oder gibt es einen Zusammenhang zu anderen deliktischen Vorfällen?*

Wie zur Frage 1 dargelegt wird, war die Plakataktion auf ein spezifisches politisches Thema ausgerichtet. Insofern besteht kein Zusammenhang zu anderen Vorfällen. Dass «wildes Plakatieren» als politisches Mittel eingesetzt wird, liess sich jedoch bereits in der Vergangenheit beobachten.

*Handelt es sich um eine der Polizei bekannte Täterschaft?*

Am 5. Mai 2022 hielt die Stadtpolizei zwei Personen an, deren Identität entsprechend festgestellt werden konnte. Mit beiden Personen hatte die Stadtpolizei bereits vorgängig zu tun, wobei darauf hinzuweisen ist, dass die Stadtpolizei nicht nur in der Strafverfolgung tätig ist, sondern in verschiedenster Weise mit der Bevölkerung in Kontakt kommt.

*Handelt es sich bei der Täterschaft um politisch aktive Personen, die in der Öffentlichkeit stehen?*

Bei polizeirelevanten Vorkommnissen gilt, dass die Öffentlichkeit in Bezug auf involvierte Personen nur sehr eingeschränkt informiert werden darf. So muss nach Massgabe der rechtlichen Vorgaben insbesondere sichergestellt sein, dass Personen nicht identifiziert werden können bzw. deren Persönlichkeitsrechte gewahrt werden.<sup>4</sup> Informationen, die über diejenigen in der Medienmitteilung vom 6. Mai hinausgehen, sind deshalb nicht angezeigt.

*Wurde das Risiko- und Bedrohungsmanagement (BRM) eingeschaltet?*

Das polizeiliche Bedrohungs- und Risikomanagement (BRM) bezweckt, das Gefährdungspotenzial von bestimmten Personen in Bezug auf Gewalttaten frühzeitig zu erkennen, dieses einzuschätzen und mit geeigneten Massnahmen zu entschärfen.<sup>5</sup> Das vorliegend in Rede stehende Vorkommnis gibt keinen Anlass für einen Einbezug in das BRM.

---

<sup>4</sup> Vgl. insbesondere Art. 39<sup>ter</sup> des Polizeigesetzes vom 10. April 1980 (sGS 451.1) und Art. 74 der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0).

<sup>5</sup> Vgl. [Vorlage Stadtparlament Nr. 1681 vom 3. Mai 2022 zur Interpellation «Bedrohungs- und Risikomanagement \(BRM\) – Quo Vadis Stadtpolizei? »](#).

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 10. Mai 2022